



Genehmigt 13. Februar 2003

Protokoll Nr. 58

Sitzung von Donnerstag, 28. November 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Ueli Haudenschild	Simon Röthlisberger
Michael Aebersold	Kurt Hirsbrunner	Heinz Rub
Raymond Anliker	Stephan Hügli	Erich Ryter
Thomas Balmer	Natalie Imboden	Doris Schneider
Oskar Balsiger	Urs Jaberg	Beat Schori
Vinzenz Bartlome	Daniele Jenni	Rolf Schuler
Christof Berger	Michael Jordi	Miriam Schwarz
Dieter Beyeler	German Kalbermatten	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler-Graf	Daniel Kast	Sylvia Spring Hunziker
Peter Blaser	Rudolf Keller	Ernst Stauffer
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Michael Straub
Jsabelle Blunschy Scheidegger	Andreas Krummen	Barbara Streit-Stettler
Christine Bosshardt	Annemarie Lehmann	Ueli Stüchelberger
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Walter Christen	Markus Lüthi	Margrit Stucki-Mäder
Anna Coninx	Anton Maillard	Hans-Ulrich Suter
Conradin Konzetti	Mario Marti	Katharina Suter
Marie-Louise Durrer	Corinne Mathieu	Max Suter
Martina Dvoracek	Christian Michel	Margrit Thomet
Andreas Flückiger	Erik Mozsa	Catherine Weber
Rudolf Friedli	Christoph Müller	Thomas Weil
Verena Furrer-Lehmann	Philippe Müller	Kurt W. Weyermann
Hans Ulrich Gränicher	Rosmarie Okle Zimmermann	Beat Zobrist
Guglielmo Grossi	Lydia Riesen	Andreas Zysset
Rolf Häberli		

Entschuldigt:

Peter Bernasconi	Peter Künzler	Ruth Rauch
Markus Kiener	Barbara Mühlheim	Sabine Schärner

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Ursula Begert
Alexander Tschäppät

Ratssekretariat:

Annina Jegher
Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Irène Maeder van Stuijvenberg

Traktanden

1.	Protokollgenehmigung (Protokolle Nrn. 49 + 50 vom 17. Oktober 2002, Nr. 51 vom 24. Oktober 2002)	---
2.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB): Ist im Kunstmuseum die Filmrolle gerissen? Kündigungen am Kunstmuseum: Mehr als nur eine Kommunikationspanne? (Baumgartner)	250
3.	Neugestaltung der politischen Steuerung aufgrund der Einführung der Globalbudgetierung: Teilrevision der Gemeindeordnung und Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (Abstimmungsbotschaft) (Lüscher/Baumgartner)	213
4.	Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Michael Jordi, GB): Leistungskoordination Stadtfinanzen – Wirtschaftsförderung kantonal (Baumgartner)	153
5.	Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Michael Jordi, GB): Leistungskoordination Stadtfinanzen – Tourismus regional (Baumgartner)	152
6.	Motion Peter Bühler (SD): Der „Berner Marsch“ muss endlich die offizielle Stadthymne von Bern werden! (Baumgartner)	154
7.	Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB (Ruedi Keller/Miriam Schwarz, SP/Daniele Jenni, GPB): Sonntagsarbeit: Nur wo unbedingt nötig! (Baumgartner)	185

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 49 und 50 vom 17. Oktober und 51 vom 24. Oktober 2002 werden mit folgenden Korrekturen mit bestem Dank an die Verfasserinnen und den Verfasser genehmigt: Protokoll Nr. 49 (S.1283): Das Wort *Parteienfinanzierung* im Votum Andreas Zysset, 2. Absatz wird ersetzt durch *Parteien zu finanzieren*. Protokoll Nr. 50 (S.1304) im Votum Beat Zobrist, 3. Satz: Dieses *wäre bei einer Abstimmung wohl einstimmig zur Ablehnung empfohlen worden*, weil mit der Abfallentsorgung einiges im Argen ist. Gleiches Votum (S.1305, 2. Zeile): *In einem Reglementsentwurf, der 1996 der GPK vorgelegen ist*, wurde ein Multiplikationsfaktor ...

2 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB): Ist im Kunstmuseum die Filmrolle gerissen? Kündigungen im Kunstmuseum: Mehr als nur eine Kommunikationspanne?

Antrag Nr. 250

Die Leitung des Kunstmuseums will aus betriebswirtschaftlichen Gründen zwei leitende Angestellte per Ende April 2003 entlassen. Davon betroffen ist auch das Konzept, ein nicht-kommerziell orientiertes Kino zu betreiben, welches einerseits selber ein breites Filmangebot anbietet, andererseits weiteren Gruppierungen und Interessenvertretungen für Filmvorführungen zur Verfügung steht.

Im Leistungsvertrag zwischen Stadt/Kanton und den Museumsbetreibern ist die Führung eines Kinos explizit aufgeführt. Die geplanten Kündigungen gefährden einerseits das Projekt eines Stadtkinos, welches ganz klar mehr als nur Videos und Filme über Kunstschaaffende zeigen soll. Andererseits hinterlassen sie viele Fragezeichen was die strategische Planung des Kunstmuseums und die Realisierung eines Museums für Gegenwartskunst betrifft. Es scheint zudem äusserst fragwürdig, ob mit diesem Entscheid die finanzielle Schieflage des Kunstmuseums auch tatsächlich verbessert werden kann. Mehr als nur diffus ist dabei die Kommunikation zwischen Museumsleistung und städtischer Filmkommission, bzw. Kulturförderungskommission und den Angestellten.

Wir fragen deshalb den Gemeinderat:

1. Ist die städtische Kulturförderungskommission über die geplanten Kündigungen und Konzeptänderungen namentlich beim Kino vorgängig informiert worden? Wenn ja, wann und wie hat sie dazu Stellung genommen, was hat sie unternommen, um die Kündigungen zu verhindern?
2. Wenn nein, was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um das städtische Projekt eines „Cineville“ im Kino im Kunstmuseum zu realisieren, nachdem andere Spielorte (z.B. Kellerkino) unrealisierbar geworden sind?
3. Wie werden die im Leistungsvertrag vereinbarten Aufgaben nach den erfolgten Kündigungen weiterhin erbracht?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat den Zusammenhang mit der geplanten Realisierung des Museums für Gegenwartskunst?
5. Wie sieht der Kommunikationsweg zwischen Stadt/städtischer Kulturkommission und der Museumsleitung, bzw. den Projektverantwortlichen seitens Kunstmuseum aus resp. wie

konnte es dazu kommen, dass die verhandelnden Beteiligten von dem Kündigungsentscheid so überrascht wurden?

6. Gibt es im Kunstmuseum ein längerfristiges strategisches Planungskonzept? Liegen diesem Entscheid eine längerfristige Analyse und Überprüfung der Leistungsangebote zu Grunde, respektive wurde mit den Verantwortlichen, insbesondere des Kinos besprochen, ob allfällig vermehrt Drittmittel (Sponsoring usw.) akquiriert werden könnten?
7. Ist der Gemeinderat bereit, alles zu unternehmen, um die geplanten Kündigungen rückgängig zu machen oder zumindest daraufhin einzuwirken, dass die Museumsleitung andere Einsparungsmöglichkeiten ohne Kündigungen noch einmal überprüft?
8. Hat der Gemeinderat Kenntnis von der aktuellen finanziellen Lage des Museums sowie von einem offenbar vorliegenden Benchmarking, welches insbesondere den Vergleich mit anderen Museen bezüglich Stellenetat in der „Chefetage“ aufzeigt? Wenn ja, wie sieht dieses aus?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Kündigungen sind offenbar bereits ausgesprochen. Um sie allenfalls rückgängig zu machen, bzw. andere Lösungen zu finden und um zu retten und erhalten, was durch die Betroffenen aufgebaut worden ist, muss der Gemeinderat rasch handeln.

Bern, 31. Oktober 2002

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* beantwortet den Vorstoss wie folgt: Angesichts der Fragestellung erscheint es dem Gemeinderat wichtig, eingangs auf einige grundsätzliche Aspekte hinzuweisen:

1. Das Kunstmuseum ist eine Stiftung mit eigener Rechtspersönlichkeit und als solche der direkten Einflussnahme durch den Gemeinderat der Stadt Bern entzogen.
2. Gemäss Artikel 13d des Kulturförderungsgesetzes vom 11. Februar 1975 und gestützt auf die Verordnung des Regierungsrats vom 28. Mai 1997 über die regionale Kulturkonferenz Bern sind der Kanton, die Stadt Bern und die beitragspflichtigen Gemeinden die Finanzierungsträger der Stiftung Kunstmuseum.
3. Das Kunstmuseum setzt den Leistungsauftrag in eigener Verantwortung um und hat über den Zeitraum des Subventionsvertrags ein mindestens ausgeglichenes Rechnungsergebnis auszuweisen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Über den Personalentscheid erfolgte keine vorgängige Information. Die Städtischen Kulturförderungskommissionen (Film-, Musik-, Theater- und Tanz-, Literatur- und Kunstkommission), die zusammen mit der Abteilung Kulturelles für die direkte Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens zuständig sind, hat keine Kompetenzen, die operativen Entscheide einer kulturellen Institution zu überprüfen. Es gibt seitens des Kunstmuseums auch keine Verpflichtung, die Kommissionen über Kündigungen und Konzeptänderungen bezüglich des Kinos im Kunstmuseum zu orientieren. Es ist die Aufgabe der Controlling-Gruppe Museen, in der alle Finanzierungsträger vertreten sind, in periodisch stattfindenden Gesprächen mit der Museumsleitung die Erfüllung des Leistungsvertrags zu überprüfen.

Zu Frage 2: Gemäss Leistungsvereinbarung hat das Kunstmuseum den Auftrag, „ein Museumskino“ zu betreiben. Dies ist auch unter den neuen personellen Voraussetzungen möglich. Die Städtische und die Kantonale Filmkommission sind zur Zeit dabei, zusammen mit den Verantwortlichen für das Kino im Kunstmuseum ein neues Konzept für das Kino zu erarbeiten. Diese Planung wird durch die jüngsten Entscheide der Museumsleitung nicht in Frage gestellt, wie den Vertreterinnen und Vertretern der beiden Kommissionen durch die Museumsleitung mitgeteilt wurde. Für die Umsetzung eines neuen Konzepts im Kino im Kunstmuseum wird die

Bildung einer neuen Trägerschaft, vermutlich eines Vereins, nötig sein. Die Filmkommissionen von Stadt und Kanton Bern werden bis Ende des Jahres entscheiden, ob und in welchem Mass ein Engagement im Rahmen der öffentlichen Filmförderung im Kino im Kunstmuseum sinnvoll ist. Die alternativen Abspielstellen in der Stadt Bern (Cinématte, Lichtspiel, Kellerkino, Kino in der Reitschule) sowie andere Trägerschaften im Filmbereich (Ciné Libre, Ciné Bern) sollen im Rahmen einer Vernehmlassung am runden Tisch in diese Planung einbezogen werden.

Zu Frage 3: Die Museumskommission hat sich über eine längere Zeitdauer intensiv mit der Finanzlage des Kunstmuseums befasst, verschiedene Szenarien geprüft und schliesslich zu Struktur- und Personalbereich Sparmassnahmen beschlossen, welche die Museumsleitung umzusetzen hat. Insbesondere wird sich das Kinoprogramm des Kunstmuseums inskünftig auf von Künstlerinnen und Künstlern geschaffene Filme und Videos konzentrieren sowie auf Darbietungen über Künstlerinnen und Künstler und über Themen der Kunst. Filmveranstaltungen werden im Zusammenhang mit Ausstellungen blockweise stattfinden. Für das Filmprogramm werden Personen zuständig sein, welche die Verantwortung für die jeweilige Ausstellung haben. Die Museumsleitung ist jedoch offen für eine Neukonzeption des Kinos im Kunstmuseum. Entsprechende Verhandlungen mit den Filmkommissionen von Stadt und Kanton Bern sind zur Zeit – wie vorhin dargelegt – im Gang. Zur Strukturbereinigung werden ferner die Abteilungen Gemälde und Plastik, Graphik sowie Photographie/Video zusammengelegt. Das neue Departement Sammlung wird von einem Konservator (100 Prozent) und einer wissenschaftlichen Assistenz (50 Prozent) betreut. Der Konservator ist Mitglied der Museumsleitung. Der mit den Sparmassnahmen verbundene personelle Abbau lässt sich auch im Quervergleich mit der Personaldotation ähnlicher Institutionen rechtfertigen. Dank der Straffung der Organisation und gut qualifizierten und motivierten Mitarbeitenden wird das Kunstmuseum den Leistungsauftrag auch in Zukunft erfüllen.

Zu Frage 4: Die Attraktivierung des Kunstmuseums durch die Einrichtung der Abteilung für Kunst der Gegenwart wurde bei der Ausarbeitung der neuen Leistungsvereinbarung für die Jahre 2004–2007 im Rahmen der Regionalen Kulturkonferenz ausführlich diskutiert. Die Verhandlungen mündeten in folgender grundsätzlichen Bestimmung im neuen Leistungsvertrag: „Die Finanzierungsträger bestätigen den aufgrund der Stiftungsstatuten bestehenden Auftrag der Stiftung, das Kunstmuseum Bern (Kunstmuseum), inklusive der neuen Abteilung für Kunst der Gegenwart in den Räumlichkeiten des ehemaligen Progymnasiums, zu betreiben.“ Die Abteilung Gegenwart soll damit explizit Bestandteil des Auftrags des Kunstmuseums werden. Der neue Subventionsvertrag mit Leistungsvereinbarung wird den Stimmberechtigten der Stadt und der Region Bern im Laufe des Jahres 2003 zur Abstimmung unterbreitet. Der Gemeinderat sieht in der vorgenommenen Strukturbereinigung keinen direkten Zusammenhang zum Projekt Gegenwartskunst. Denn für den Betrieb dieses Projekts sind einerseits Mittel im neuen Subventionsvertrag eingeplant und es wird andererseits – und dies ist zu betonen – zur Hauptsache durch die finanzielle und materielle Unterstützung von Privaten überhaupt erst realisierbar. Vielmehr hat das Kunstmuseum nun Sparmassnahmen vollzogen, deren Notwendigkeit sich bereits im Verlauf der letzten Jahre abgezeichnet hat und die angesichts der Finanzlage des Museums nun unverzüglich umgesetzt werden.

Zu Frage 5: Die Kommunikation zwischen den kulturellen Institutionen und der Stadt bzw. den Städtischen Kulturförderungskommissionen wird über die jährlichen Controllingberichte und -gespräche gewährleistet sowie über die Stadtvertreterinnen und -vertreter in den leitenden Organen der kulturellen Institutionen. Der Kündigungsentscheid der Museumsleitung betreffend den Leiter des Kinos im Kunstmuseum kam für die Städtische und Kantonale Filmkommission nicht völlig überraschend: Das Betreiben eines Kinos gehört nicht zum Kerngeschäft des Museums allein. Dass in finanziell schwierigen Zeiten zuerst dort gespart wird, wo nicht Grundleistungen gefährdet werden, erscheint vertretbar.

Zu Frage 6: Ja, das Kunstmuseum hat ein Planungskonzept. Dieses ist Grundlage des neuen Subventionsvertrags 2004–2007, der nächstes Jahr zur Abstimmung kommen wird. Die operative Führung des Kunstmuseums ist nicht Aufgabe des Gemeinderats. Er weiss indessen, dass intensive Bemühungen zur Erschliessung neuer Geldquellen kaum Erfolg gezeitigt haben. Viele Schweizer Museen haben finanzielle Probleme, da einerseits die Kosten im Ausstellungswesen stark gestiegen sind (Versicherungsprämien, konservatorische Massnahmen), andererseits die Sponsorenbeiträge abnehmen (mehr Konkurrenz) und die Beiträge der öffentlichen Hand stagnieren. Die Sparbemühungen des Kunstmuseums sind auch im Lichte dieser Entwicklung zu würdigen.

Zu Frage 7: Nein. Der Gemeinderat hat Vertrauen in die zuständigen Organe des Kunstmuseums und geht davon aus, dass die gefassten Beschlüsse gut überlegt worden sind.

Zu Frage 8: Der Gemeinderat hat Kenntnis von der finanziellen Lage des Kunstmuseums. Diese wurde auch im Rahmen der Aushandlung des neuen Subventionsvertrags offen gelegt. Die Finanzierungsträger sind in der Museumskommission vertreten, die Stadt mit 2 Sitzen.

Die Ergebnisse eines Benchmarking sind dem Gemeinderat nicht im Einzelnen bekannt. Er weiss jedoch, dass der Anteil der Personalkosten an den Gesamtsubventionen von Kanton, Stadt und den beteiligten Regionsgemeinden in der Zeit von 1999–2001 von 78,0% auf 88,9% gestiegen ist. Zusammen mit der in der Antwort auf Frage 6 beschriebenen allgemeinen Entwicklung hat dies zur heute bestehenden schlechten Finanzlage geführt. Da der Auftrag derselbe geblieben ist, ist es naheliegend, dass die Gesundung der Finanzen auch über eine Kürzung des Stellenetats gesucht wird. Infolge der über mehrere Jahre erzielten Defizite ist die Museumskommission zu einschneidenden finanziellen Sofortmassnahmen gezwungen, die auch Kündigungen zur Folge haben. Nur so lassen sich die Vorgaben der bis 2003 laufenden Leistungsvereinbarung erfüllen, nämlich bis Ende 2003 eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen.

- Auf Antrag der Interpellantin beschliesst der Rat Diskussion. -

Natalie Imboden (GB): Der Entscheid der Leitung des Kunstmuseums, Umstrukturierungen und Entlassungen leitender Angestellter vorzunehmen, hat in der Kulturlandschaft einige Wellen geworfen – nicht nur in Bern, sondern auch darüber hinaus. Und nicht nur bei den direkt betroffenen Institutionen, sondern auch bei weiteren interessierten Kreisen. Die NZZ nahm Bezug auf diese Ereignisse in Bern und schrieb: „Gibt es kein Glück ohne Klee“. Dies zeigt, dass diese Kündigungen nicht isoliert betrachtet werden können. Die schlechten Nachrichten aus der Berner Kunstmeile Hodlerstrasse sind nicht gut für die Stadt Bern – weder für die Museumswelt, die Kinowelt oder die Diskussion. Der Stadtpräsident antwortete, das Kunstmuseum sei für die operative Führung selber zuständig. Das ist zu akzeptieren und zum Teil auch selbstverständlich. Da aber die Stadt Bern zusammen mit dem Kanton massgeblich zur Finanzierung beiträgt, ist eine Diskussion notwendig. Es sollte uns allen ein Anliegen sein, gute Angebote zu ermöglichen. Dass die neue Museumsleitung strukturelle Altlasten an die Hand nehmen musste, dafür haben wir Verständnis, denn es ist vorher einiges falsch geschmiedet worden. Wir stellen die Massnahmen nicht grundsätzlich in Frage, denn die finanziellen Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen. Wir sind jedoch der Ansicht, es hätten andere Massnahmen getroffen werden können.

Die Ansicht des Gemeinderats, der Leistungsvertrag sei erfüllt, wenn es ein Kino im Kunstmuseum gebe, teilen wir nicht. Das seit 1983 existierende Kino im Kunstmuseum hat eine reiche Palette von Filmen, gezeigt. Dies auf eine sehr enge Interpretation zu reduzieren – nur noch zusammen mit Ausstellungen – ist für Bern ein Verlust. Insbesondere ist dies bedauerlich, da das Medium Film mit Gegenwartskunst, die in Bern entwickelt werden soll, sehr eng verbunden ist. Erfreut ist Natalie Imboden, dass gemäss Aussage des Stadtpräsidenten für

das städtisch unterstützte Angebot im Bereich Film mit einer neuen Trägerschaft neue Wege gesucht und dass mit anderen Kreisen zusammengearbeitet werden soll. Es braucht eine Vielfalt, jedoch auch eine enge Zusammenarbeit. Der Stadtpräsident führte aus, es bestehe kein Zusammenhang mit der Frage Gegenwartskunst. Natalie Imboden ist gegenteiliger Ansicht, denn Negativschlagzeilen rückten das ganze Projekt in ein schiefes Licht. Tatsache ist, dass Kommunikationsfragen nicht gut angegangen worden sind. Für uns ist es wichtig, dass die Stadt Bern einen Effort macht und die Kinos in der Stadt Bern mit dem Projekt Cinéville unterstützt. Es braucht einen Kinopluralismus und die Stadt muss ihre Rolle wahrnehmen und das seit einem Jahr stornierte Engagement wieder aufnehmen. Wir müssen uns darum bemühen, dass keine weiteren Schatten auf das Projekt Gegenwartskunst geworfen werden, sondern positiv wirken, damit dieses Projekt eine Chance hat. Da die Sponsoringgelder innerhalb der Museumslandschaft knapper werden, muss die Stadt reagieren. Es muss geprüft werden, mit welchen Mitteln die Synergien zwischen der Museumslandschaft und dem Klee-Museum genutzt werden können, damit auch die Gegenwartskunst ihren Platz erhält. Unsere Fraktion wird entsprechende Vorstösse einreichen. Nächstes Jahr ist auch im Bereich Museen Neues geplant. Es wird in der Stadt Bern z.B. eine Museumsnacht geben. Wir hoffen, dass wir wieder neue Filme sehen dürfen und uns bewusst sind, dass Kunst und Film zusammengehören. Natalie Imboden ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Vinzenz Bartlome* (SVP). Das Kino im Kunstmuseum verfügt über einen beachtlichen Leistungsausweis. Seit 1983 wurden dort in rund 4000 Vorführungen gegen 150 000 Besucher/Besucherinnen gezählt. Als einziges Kunstmuseum in der Schweiz besitzt das Kunstmuseum Bern ein Kino. Das Kunstmuseum bewegt sich allerdings in einem schwierigen Umfeld. Alle grösseren Kulturinstitute leben in Bern von einem eng begrenzten Kreis von Finanzierungsquellen. Dass der öffentlichen Hand – vor allem im Kanton und in der Stadt Bern – sehr enge, ja immer engere Grenzen gesetzt sind, ist bekannt. Es muss einzig angefügt werden, dass auch die Burgergemeinde Bern, die in den letzten Jahrzehnten in vielen Fällen in die Lücke gesprungen ist, wenn sich die Stadt Bern aus einer Finanzierung zurückgezogen hat, künftig nicht mehr so generös sein kann, weil sich auch bei ihr die finanzpolitischen Rahmenbedingungen verändert haben. Dasselbe gilt für das private Sponsoring. Hier hat sich die Situation in den letzten Jahrzehnten eher noch dramatischer verändert. Sei es, weil Firmen nicht mehr existieren, kein Kultursponsoring mehr betreiben können, oder in diesem lokalen Rahmen gar nicht mehr sponsern wollen. Fragt man heute eine Grossbank für ein Kultursponsoring im lokalen bernischen Rahmen an, wird man geradezu ausgelacht. In diesen schrumpfenden Finanzpool wurde mit dem Bau des Klee-Museums ein neuer Mitspieler geschaffen, der Mittel braucht. Das Klee-Museum wird aber nun „das Filetstück“ der Sammlungen wegnehmen. Das Kunstmuseum schreibt bereits heute regelmässig rote Zahlen. Nachdem der Betrieb über mehrere Jahre defizitär war, musste die Aufsichtskommission eine Defizitanalyse vornehmen und hat dabei festgestellt, dass diese Defizite nicht zufällig, sondern sturkturbedingt sind: 91 Prozent des Budgets sind durch Personalmittel gebunden. Daraus ergibt sich, dass bei den Personalausgaben gespart werden musste. Es ist versucht worden, sich wieder auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Dazu gehört leider ein Museumskino nicht. Dementsprechend sind die Aufgaben des Museumskinos in den Leistungsverträgen des Kunstmuseums nicht quantifiziert worden. Der Leistungsvertrag wird daher nicht verletzt, wenn die Anzahl der Filmvorführungen stark reduziert und vorzugsweise in einem engen Zusammenhang mit Ausstellungen konzipiert wird. Mit der Streichung der Stelle des Leiters des Museumskinos und entsprechender Kostenreduktion beim stundenweise angestellten Personal können rund 120 000 Franken eingespart werden. Das

Filmprogramm soll künftig von den Ausstellungsmachern zusammengestellt werden. Dies ist gewiss bitter für alle, die sich seit fast 20 Jahren für ein nicht kommerzielles Kinoprogramm im Kunstmuseum eingesetzt haben. Die Fraktion SVP/JSVP begrüsst es aber, dass die Aufsichtskommission im Rahmen des gültigen Leistungsvertrages ihre Verantwortung wahrgenommen hat, um die Finanzen ihres Kulturinstituts wieder ins Lot zu bringen. Dies entspricht den durch die Leistungsverträge mit Dritten, aber auch den im New Public Management vorgesehenen Handlungs- und Verantwortungsspielräumen. Es wäre unserer Auffassung nach wenig sinnvoll, diese Zuständigkeiten gleich bei der ersten Nagelprobe ausser Kraft zu setzen.

Verena Furrer-Lehmann (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Das Kunstmuseum war für lange Zeit führungslos – nicht nur im Interregnum, das zwischen den beiden Direktionen herrschte, sondern schon vorher unter der alten Direktion. Dadurch hat es das Museum verpasst, sich rechtzeitig zu positionieren und zukunftsgerichtete Entscheide zu fällen. In der stark veränderten Museumslandschaft in Bern wäre dies schon lange dringend nötig gewesen. Unsere Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass endlich ein neuer Direktor eingesetzt worden ist, der das Ruder in die Hand nimmt und die dringend nötige Führung und Ausrichtung des Museums angeht. Wie erwähnt hat die Institution in den letzten vier Jahren massive Defizite ausgewiesen. Sie muss gemäss Leistungsvertrag Ende des nächsten Jahres eine ausgeglichene Rechnung vorweisen. Tatsache ist, dass das Museum in den letzten Jahren keine Anschaffungen mehr tätigen konnte. Dies ist jedoch eine entscheidende Aufgabe eines Museums, das eine Sammlertätigkeit ausübt. Das Museum hat unter den alten Direktionen auch praktisch alle Reserven aufgelöst. Ein Vergleich mit andern Kunstmuseen zeigt zudem, dass Bern den höchsten Prozentsatz an Personalkosten im Budget hat, nämlich über 91%, d.h. der Personalentscheid des Direktors wird verständlich, nämlich die Chefetage zu redimensionieren, und zwar auf den Stand vor mehreren Jahren.

Wir finden es gut, dass das Museum zur Bereinigung der Situation nicht primär Leistungen abbaut, sondern den strukturellen Ansatz gewählt hat. Als Folge davon haben sich Direktion und Aufsichtskommission auch nicht gedrückt, unbeliebte Entscheide zu treffen. Niemand entlässt gerne Leute. Wir haben Verständnis dafür, dass die Betroffenen enttäuscht oder verärgert sind. Solche Entscheide gehören aber leider zur Führungsverantwortung einer Institution und liegen in der strategischen und operativen Kompetenz einer privaten Stiftung, in welcher die Stadt mit zwei Vertretern im elfköpfigen Stiftungsrat vertreten ist. Wir gestehen dem neuen Direktor zu, dass er die Leute auswählen kann, mit denen er künftig zusammenarbeiten will und bei denen er eine ebensolche Bereitschaft vorfindet. Diese Kompetenz ist nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht. Es gibt auch Kunstmuseen im benachbarten Ausland, die mit sehr viel kleineren Chefetagen hervorragende Leistungen erbringen.

Auch wir bedauern, dass das Kino nicht im bisherigen Rahmen weitergeführt werden kann. Der Leiter dieses Kinos hat in den letzten zwanzig Jahren sehr viel Innovatives geleistet und verfügt über eine grosse Sachkompetenz in der Film- und Kinobranche. Wir sehen jedoch ein, dass es in der jetzigen schwierigen Situation gilt, Prioritäten zu setzen und dass dies leider oftmals mit unbeliebten Entscheiden verbunden ist. Wir sind jedoch überzeugt, dass wo ein echtes Bedürfnis besteht, auch Lösungen gefunden werden. Wir sind zuversichtlich, dass das Kino unter einer andern Trägerschaft eine neue Zukunft finden wird. Vielleicht kann eine Neuausrichtung dieses Kinos sogar eine Chance sein. Im übrigen hat das Kunstmuseum versichert, dass es im Rahmen seiner Ausstellungs- und Sammlertätigkeit kooperieren und dieses Kino in Anspruch nehmen will. In welchem Mass, wird sich mit den neuen Aufgaben weisen.

Natalie Imboden spricht von schlechten Nachrichten und negativen Schlagzeilen. Seien wir nicht so kleingläubig und kleinkrämerisch. Zuerst lamentieren wir jahrelang, dass nichts passiert und passiert etwas, lamentieren wir darüber, dass sich etwas verändert. Geben wir dem

neuen Direktor mit seiner Crew eine Chance. Es wartet auf ihn kein Honiglecken, sondern eine grosse Herausforderung mit zahlreichen ungelösten Fragen. Es geht in erster Linie darum, endlich eine Museumspolitik für dieses Haus zu machen. Lassen wir ihn den Beweis antreten, dass er diese Herausforderung meistern kann und messen wir ihn in ein bis zwei Jahren an seinen Werken.

Einzelvotum

Christof Berger (SP) ist von der Antwort des Gemeinderats nur teilweise befriedigt, denn sie enthalte nicht vieles, das nicht schon bekannt war oder in der Zeitung gelesen werden konnte. Diese Antwort zeigt, dass vieles im städtischen Kulturkonzept noch völlig in Schwebe ist, ja dass ein eigentliches Konzept fehlt und die Zuständigkeiten klarer geregelt sein könnten. Das Museum für Gegenwartskunst ist überhaupt noch nicht gesichert. Es wird ein wunderbares neues Klee-Museum gebaut, auch dessen Aufgaben sind jedoch noch nicht klar. Dass das Kunstmuseum nach längerem Missmanagement in der gegenwärtigen Lage sparen muss, kann nachvollzogen werden. Die Frage ist aber, wo? In der Stadt Bern sollte Platz für alle Kunstrichtungen vorhanden sein, insbesondere auch für zeitgenössische Kunst. Dazu gehört auch Foto-, Film- und Videokunst. Bisher war nicht klar, wie Gelder wofür eingesetzt werden sollen. Der Leiter des Kinos im Kunstmuseum hatte nicht nur die Aufgabe, dieses Kino zu leiten, sondern er war auch als Konservator von Fotonachlässen und Videokunst tätig. Ob die konservatorischen Aufgaben im nötigen Ausmass mit eineinhalb Stellen wahrgenommen werden können, bezweifelt Christof Berger. Unklar ist auch, wie in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen Kunstmuseum, Klee-Zentrum, der Kunsthalle und dem noch nicht realisierten Museum für Gegenwartskunst funktionieren und woher das Geld kommen soll. Nötig wäre ein klares Konzept. Es existiert auch kein Konzept für nicht kommerzielle Filme. Es gibt auf Stadtgebiet im Moment noch ein vielfältiges Angebot. Dies ist jedoch nicht gesichert. Vieles ist auf Privatinitiative hin entstanden, anderes wird durch Mischrechnungen finanziert – wie das Kino im Kunstmuseum oder dasjenige in der Reitschule. Es ist richtig, dass die verschiedenen Trägerschaften in diesem Bereich Lösungsvorschläge ausarbeiten wollen. Die Stadt darf sich jedoch nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie muss die vorgeschlagenen Lösungsvorschläge akzeptieren und notfalls auch stützen können. Wir warten deshalb gespannt auf das städtische Kulturkonzept, resp. das Konzept der Regionalen Kulturkonferenz.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* erklärt, die heute Abend geäusserten Forderungen deckten sich weitgehend mit dem, was von der Stadt beabsichtigt sei. Die Stadt Bern besitzt ein kulturpolitisches Konzept. Dieses soll demnächst einer Evaluation unterzogen und der neuen Situation angepasst werden. Für die 12 Kulturinstitutionen, wofür die Stadt zuständig ist, und mit den fünf grossen sind Kulturverträge ausgehandelt worden. Die Aufforderung an die drei Institutionen Klee-Zentrum, Kunstmuseum und Kunsthalle, eine Art Dachorganisation zu bilden und zusammenzuarbeiten ist ergangen. Wir hoffen, dass diese Institutionen den Ball aufnehmen. Sie müssen mitwirken. Die Gegenwartskunst ist eine Abteilung des Kunstmuseums. Diese Abteilung ist in den neuen Leistungsverträgen vorgesehen und es werden auch Beiträge des Kantons, der Stadt und der Regionsgemeinden erwartet. Die Stossrichtung der Behörden ist somit klar.

3 Neugestaltung der politischen Steuerung aufgrund der Einführung der Globalbudgetierung: Teilrevision der Gemeindeordnung und Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (Abstimmungsbotschaft)

Antrag Nr. 213

I. Gemeindeordnung:

1. Der Stadtrat beschliesst die Teilrevision der Gemeindeordnung gemäss Variante BAK 3.
2. Er empfiehlt der Gemeinde mit ... gegen ... Stimmen bei ... Enthaltungen folgenden Beschluss zur Annahme:
Die Stimmberechtigten der Stadt Bern beschliessen, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrats und gestützt auf Artikel 36 Buchstabe a der Gemeindeordnung:
 1. Artikel der Gemeindeordnung werden geändert.
 2. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des Genehmigungsverfahrens und mit der Inkraftsetzung beauftragt.
3. Er genehmigt die Abstimmungsbotschaft gemäss Variante XXX.

II. Geschäftsreglement des Stadtrats:

1. Der Stadtrat beschliesst die Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats gemäss Variante XXX und ändert die Artikel des Geschäftsreglements des Stadtrats.
2. Das Ratssekretariat wird mit der Publikation beauftragt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Inkraftsetzung beauftragt.

Für die Reformkommission NSB spricht deren Präsidentin *Liselotte Lüscher* (SP). Im Juni 2001 hat der Stadtrat die flächendeckende Einführung von NSB beschlossen. Heute legt der Gemeinderat die notwendigen GO-Änderungen vor, die dieser Beschluss auslöst. Die Reformkommission hat diese Änderungen geprüft und schlägt Abänderungen oder neue Versionen vor. Die GPK ist in diesem Zusammenhang mit Vorschlägen zu ihrer Kompetenzerweiterung an uns gelangt. Auch diese Vorschläge haben wir geprüft. Der Gemeinderat hat uns auch das Geschäftsreglement mit den Folgeänderungen aufgrund der Teilrevision GO vorgelegt. Die Kommission war somit eingedeckt mit zu prüfenden Papieren.

Liselotte Lüscher ist NSB immer kritisch gegenüber gestanden. Der Ratsbeschluss von 2001 hiess für sie jedoch, nun das Bestmögliche daraus zu machen, vor allem das Bestmögliche für den Stadtrat. Die Vorlage vom Juni enthielt noch keine Anträge für die Änderung des Kommissionswesens und auch keine Parlamentsreform. Die Arbeit mit der heute vorliegenden Vorlage stand für die Referentin und die Kommission immer unter dem Motto Politiktauglichkeit und zwar Politiktauglichkeit für das Parlament. Von unseren Anträgen weisen mehrere in diese Richtung, vor allem unser wichtigster, der nach der zweiten Weiterbildungsveranstaltung von uns beschlossen worden ist: Dass die Sachkommissionen mit ihren Anträgen direkt in den Stadtrat gehen können und nicht den Umweg über eine ihnen übergeordnete Kommission machen müssen. Wir haben in der Kommission versucht, vom Gemeinderat ein Budget zu erhalten, das wir verstehen und eine Kommissionsstruktur, womit wir NSB in den Griff bekommen. Denn, NSB ist ein kompliziertes Gebilde. Es war unser Ziel, das neue Gebilde für uns verstehbar zu machen und damit politisch handeln zu können. Wir hoffen, dass dies gelingt. Wir sind aber auch überzeugt, dass die neue Form noch begleitet werden muss. Deshalb stellen wir auch einen Antrag für eine Evaluation.

Wir regeln heute NSB über die GO. Regeln wir damit zu früh oder zu spät? Liselotte Lüscher glaubt, dass wir uns gut schweizerisch in der Mitte befinden. Regelt man zu spät, regelt man bereits einen Status Quo. Regelt man zu früh, sind die konkreten Auswirkungen noch nicht bekannt. Tatsache ist: Verschiedenes wissen wir über die Arbeit mit den Piloten und auch aus der Weiterbildungsveranstaltung, und verschiedenes wissen wir nicht. Neben Sicherheit gibt

es somit auch Risiko. Das sollten wir wagen, aber mit offenen Augen und kritisch-konstruktiv. Jedes Jahr das Budget und dann den Jahresbericht auf ihre Tauglichkeit prüfen, die eigene Arbeit in den Kommissionen und im Rat kritisch ansehen. Das nimmt uns aus dem Polit-Tramp und das ist gut so.

Die Volksabstimmung im Februar sollte nicht gefährdet werden. Deshalb bittet die Referentin, die Vorlage zügig in Angriff zu nehmen und sich auf die Hauptpunkte zu konzentrieren. Im Juni 2001 bereits beschlossen worden ist, dass es anstelle eines NRM-Budgets wie bis anhin ein Produktgruppenbudget, einen Jahresbericht, der Rechnung und Verwaltungsbericht umfasst und sogenannte Light-Dienststellen gebe, wo politische Steuerung keinen Sinn mache. Die Beschlüsse waren so früh nötig, damit die Verwaltung mit Umstellen beginnen konnte, um Mitte 2003 mit einem Produktgruppenbudget für 2004 antreten zu können. Bis dahin geht es nicht mehr lange.

Eintreten wurde von der Reformkommission mit 14 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen. Wir bitten den Rat, ebenfalls auf das Geschäft NSB einzutreten. Im Präsidium NSB haben wir sehr gut zusammengearbeitet. Dies soll sich auch symbolisch ausdrücken, indem auch der Vizepräsident, Markus Blatter, zum Eintreten spricht.

Markus Blatter (FDP), Vizepräsident Reformkommission: In Amerika wird heute Thanksgiving gefeiert. Vielleicht können wir heute Abend danken für das Erreichen von etwas, das uns in den letzten 4 Jahren beschäftigt hat. Als einziges noch aktives „Gründungsmitglied“ weist Markus Blatter auf einige historische Fakten hin. Am 14. November 1998 ist gesät worden, nämlich in der Einführungsveranstaltung zu NSB – mit Professoren, Projektleiter usw. Wir sollten nun auch ernten können. Vorgestellt worden ist damals das sogenannte „Berner Modell für die künftige politische Steuerung“. Die damalige Reformkonferenz war keine vorberatende Kommission, sondern ein Diskussionsgremium zwischen Legislative und Exekutive – präsiert von Edith Olibet und Klaus Baumgartner. Nach der Bearbeitung des Berner Modells wurde im Stadtrat eine Spezialkommission, die von Liselotte Lüscher präsierte Reformkommission, eingesetzt. Diese vorberatende Kommission engagierte sich in der Bearbeitung der Vorschläge des Gemeinderats. Ein wichtiger Schritt geschah am 7. Juni 2001, als der Stadtrat die flächendeckende Einführung von NSB beriet. Gemäss SR-Beschluss wurde die Reformkommission in die Umsetzung der nötigen Reformschritte einbezogen. Sehr wichtig war, dass auch GPK und FIKO relativ früh beigezogen wurden. Dieser Einbezug ist vom Stadtrat gewünscht worden und führte zu einer wichtigen Korrektur im Fahrplan. Ab Januar 2002 traf sich die Kommission fast jeden Mittwoch. Es wurden auch Delegationsbesuche in den Direktionen durchgeführt, wobei Ideen geäussert und Fragen gestellt werden konnten, was sich als sehr positiv erwies. Oberstes Ziel der Kommissionsarbeit war die Politiktauglichkeit. Wir waren uns jedoch immer der Unsicherheiten bewusst. Wichtige Elemente waren auch die beiden Weiterbildungen vom 22. August und 24. Oktober 2002, die der Reformkommission zusätzliche Erkenntnisse brachten. Markus Blatter dankt allen Beteiligten herzlich für ihre grossen zusätzlichen Anstrengungen.

Abschliessend dankt er auch für die gute Zusammenarbeit in der Kommission und speziell der Kommissionspräsidentin, Liselotte Lüscher, für ihre sehr gewissenhafte und genaue Arbeitsweise, die zum Gelingen der Arbeit enorm beigetragen habe.

Fraktionserklärungen

Natalie Imboden (GB) begründet folgenden *Rückweisungsantrag* der Fraktion GB/JA!/GPB:

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat zusätzlich zur vorliegenden Neugestaltung der politischen Steuerung aufgrund der Einführung der Globalbudgetierung (bestehend aus Produktgrup-

penbudget, Jahresbericht und Neuordnung Kommissionswesen) eine weitere Vorlage über eine Parlamentsreform 2 vorzulegen, welche u.a. weitergehende Elemente für die politische Steuerung durch den Stadtrat enthält, so u.a. weitere parlamentarische Instrumente (wie Budgeteingriff/„demokratischer Durchgriff“, Mittelfristige Investitionsplanung etc.). Die Beratung, Abstimmung und Inkraftsetzung der vorliegenden Teilrevision der Gemeindeordnung (und der Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats) erfolgt gleichzeitig mit der Parlamentsreform 2.

Unsere Fraktion hat das vorliegende Geschäft mit der kritischen Brille aus der Optik des Parlaments angeschaut. Eine zu optimistische, rosa gefärbte NSB-Brille zeigt zu schönfärberische Resultate, wenn nicht gar ein verschwommenes oder falsches Bild. Was ist seit dem erwähnten Stadtratsentscheid im Juni 2001 passiert? Wir stellen fest, dass die Kommission in diesen anderthalb Jahren mit vielen Sitzungen (ab 28.22.2001 26 Kommissionssitzungen plus Delegationen plus Weiterbildungen) den Antrag des Gemeinderats nur in sehr wenigen Punkten abgeändert hat. Wir gelangten zur Überzeugung, dass einem grossen Aufwand nur wenige Resultate gegenüber stehen. Was der Gemeinderat uns vorlegt, ist zu stark auf die Perspektive von Exekutive und Verwaltung ausgerichtet. Sie erhalten mehr Kompetenzen. Aus unserer Sicht braucht es Korrekturen seitens des Parlaments. Bei der flächendeckenden Einführung von NSB sind wie erwähnt Kompetenzverschiebungen Richtung Exekutive und Verwaltung in Angriff genommen worden. Es braucht aus der Sicht des Parlaments Instrumente, um dieser Kompetenzverschiebung ein Gegengewicht zu geben. Diese liegen heute nicht vor. Deshalb beantragen wir Rückweisung. Wir stellen nicht grundsätzlich den Entscheid vom Juni 2001 in Frage. Dieser Entscheid muss respektiert werden, auch wenn sich unsere damals geäusserten Einwände bestätigt haben. Vielmehr sind wir der Ansicht, dass die vorliegende Vorlage des Gemeinderats dem Stadtratsbeschluss vom 7.6.2001 nicht entspricht. Dieser hält nämlich fest, dass der Gemeinderat beauftragt werde, dem Stadtrat eine Vorlage mit den für NSB nötigen Änderungen zu unterbreiten. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Instrumente nicht genügen, d.h. das Nötige ist nicht erfüllt, damit der Stadtrat mit den Produktgruppenbudgets arbeiten kann. Es braucht deshalb eine Art Parlamentsreform 2, welche die weiteren Instrumente zur Verfügung stellt. Mit NSB geht es um grundlegende Fragen, um die Reorganisation der Stadtverwaltung, um die Rolle des Parlaments und um die Frage der Produktgruppenbudgets. Wir nehmen dies ernst und verlangen deshalb Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat mit der Aufforderung, eine umfassende Vorlage zu unterbreiten. Diese Parlamentsreform 2 soll u.a. weitergehende Elemente für die politische Steuerung enthalten, wie sie die Reformkonferenz damals erarbeitet hat, z.B. der Budgeteingriff oder die Mittelfristige Investitionsplanung in Stadtratskompetenz. Wir schlagen nicht vor, was in der Reformkonferenz ausgearbeitet worden ist 1 : 1 anzuwenden. Es braucht jedoch mehr Instrumente, um mit NSB arbeiten zu können. Zitat aus einem Votum von Liselotte Lüscher im Rat im Juni 2001: *Ob wir wie die Reformkonferenz über das Notwendigste hinausgehen wollen, soll intensiv diskutiert werden.* Diese Chance ist bis jetzt nicht genutzt worden.

Zum Inhalt der Vorlage: NSB, PBG, SAKO, BAK, PG, Kennzahlen, Indikatoren usw. Um diese unzähligen Kurzworte und Worthülsen rund um NSB zu verstehen, braucht es eine Art Deciffriermaschine, welche diesen rätselhaften bürokratischen Jargon erklärt. Der deutsche Philologe Victor Klemperer sagte einmal: *Das moderne Kurzwort stellt sich überall dort ein, wo technisiert und wo organisiert wird.* Mit NSB wird viel organisiert und verschoben. Im Zentrum steht die Globalbudgetierung. Es geht um Nettokosten. Das ist das goldene Kalb, um das alle tanzen und hüpfen. Das Konzept in der Globalbudgetierung stützt sich auf NPM, ein Kind der ökonomistischen neunziger Jahre. Anscheinend wird Bern den Geist, der einmal gerufen wurde, nicht mehr los, obwohl sich die Euphorie schon vielerorts gelegt hat. Der

Kanton Basel-Stadt z.B. hat in den letzten Tagen gegen NSB eine Kampagne lanciert: Service public statt NSB.

Die vorberatende Kommission hat die Vorlage des Gemeinderats in einem wichtigen Punkt abgeändert: Bei der Frage, wie Bonus/Malus geregelt werden soll, hat die Kommission beschlossen, dem Stadtrat die Kompetenz für die Regelung zu übertragen. Ansonst sind jedoch zu wenige Sachen berücksichtigt worden. In Bezug auf die zentrale Frage, wie NSB, wie die Produktgruppen gesteuert werden sollen, sind wir mit der Vorlage nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, die Leistungen des städtischen Service public möglichst effektiv und qualitativ hochstehend zu erhalten, ohne den Druck auf das Personal noch weiter zu erhöhen. Wir unterstützen die Anträge der Reformkommission, welche die GPK ursprünglich gestellt hat, die fordern, dass die Kommissionen mehr Rechte und Einsichtsmöglichkeiten für ihre Arbeit erhalten. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Ressourcen des Ratssekretariats ausreichen, um den neu geordneten Kommissionen gerecht zu werden.

Falls wir mit unserer Rückweisung scheitern, werden wir verschiedene Anträge stellen, um unsere Perspektiven aus der Sicht des Parlaments stärker einbringen zu können. Wir wollen da Einfluss nehmen, wo der politische Schuh drückt und nicht stur ein NSB-Modell aus dem Lehrbuch verfolgen.

Schlussbemerkung zu NSB: Der berühmte deutsche Kulturphilosoph Walter Benjamin sagte einmal: „Die Phrase ist das Wahrzeichen, das den Gedanken verkehrsfähig macht, sowie die Floskel als Ornament ihm den Liebhaberpreis verleiht.“ Die drei Buchstaben NSB sind für uns eine Floskel. Dahinter steckt eine zu einseitig ökonomistische Logik aus den neunziger Jahren. Diese Ökonomisierung des Politischen kann unsere Fraktion nicht unterstützen.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Ueli Stückelberger* (GFL). Unserer Fraktion macht dieses Geschäft nicht Angst. Wir stehen jedoch auch nicht euphorisch hinter diesem Projekt. Wir haben den NSB-Prozess immer kritisch begleitet. Die Begleitung durch den Stadtrat hat sich hier gelohnt. Wir müssen heute feststellen, dass dieses Geschäft eine grosse Entwicklung durchgemacht hat. Zu Beginn war NSB auch für uns zu theoretisch. Wir befürchteten eine riesengrosse Papierflut mit einem extrem grossen Mehraufwand für das Parlament. Heute liegt ein pragmatisches Geschäft vor, das nicht dermassen komplex ist. Wir haben mit den Pilotprojekten schon einige Jahre Erfahrungen sammeln können. Die flächendeckende Einführung von NSB ist ein letzter Schritt in einem langen Prozess. Es beginnt keine neue Ära. Wir setzen uns immer für ein NSB-Light ein, d.h. nur Indikatoren, wo dies Sinn macht. Es sollte nicht sein, dass alle Stadtratsmitglieder einer Kommission angehören müssen und jede Kommission einer andern Anträge stellen kann, sondern Geschäfte sollen nur von einer Kommission beraten werden. Das heute vorgeschlagene Projekt ist pragmatischer und mehr auf die Bedürfnisse des Parlaments zugeschnitten. Ueli Stückelberger dankt der Kommission für ihre Arbeit. Unsere Fraktion sieht heute keine Kritikpunkte mehr. Die Rollen von Gemeinderat und Stadtrat sind soweit wie möglich klar.

Der wichtigste Punkt ist der Budgetierungsprozess. Der Stadtrat verliert zwar seinen Einfluss auf die einzelnen Zahlen, kann aber neu über Zielsetzungen steuern, Kennzahlen festlegen und bei den Indikatoren klare Ziele bestimmen. Wir geben der Verwaltung wenig mehr Leine, können über Ziele jedoch mehr Einfluss nehmen als heute. Ziele statt Zahlen ist für uns eines der wichtigsten Zwischenergebnisse. Wir lehnen den Rückweisungsantrag ab. In einem ersten Schritt sollte im ganzen NSB-Prozess so wenig wie möglich geändert werden. Mit einer flächendeckenden Einführung sollten zuerst Erfahrungen gesammelt werden. Sollte es sich zeigen, dass es gewisse parlamentarische Instrumente nicht mehr braucht, bzw. neue Instrumente nötig sind, besteht dann die Möglichkeit, neue Instrumente einzuführen. Wir unterstützen sämtliche Änderungsanträge der Reformkommission und den Antrag betreffend Aus-

kunftspflicht der Kommissionen. Es ist nicht einzusehen, weshalb das Stadtparlament andere Auskunftsrechte haben sollte als der Grosse Rat.

Kurt Hirsbrunner (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Bekanntlich hat unsere Fraktion die flächendeckende Einführung von NSB im Juni 2001 abgelehnt. Der Fraktionssprecher, Erich Ryter, wies damals darauf hin, dass sich die Fraktion weiterhin konstruktiv und kritisch in der Reformkommission mit dem Thema NSB auseinandersetzen werde. In der Reformkommission, im Gemeinderat und in der Verwaltung wurde in der Zwischenzeit intensiv gearbeitet, offene und strittige Fragen wurden diskutiert, erklärt, von der NSB-Projektleitung immer wieder neu geprüft und schliesslich kamen in der Regel Kompromisse zustande, die von unserer Fraktion mitgetragen werden können. Wir danken an dieser Stelle der Präsidentin der Reformkommission, dem Gemeinderat, der Projektleitung NSB und allen Beteiligten der Verwaltung für die enorme Arbeit, die in kurzer Zeit geleistet wurde. Die Zusammenarbeit in der Reformkommission war äusserst konstruktiv und wertschätzend und wir konnten viel voneinander lernen.

Mit den nachfolgenden Ausführungen möchte Kurt Hirsbrunner darlegen, dass der Rückweisungsantrag der Fraktion GB/JA!/GPB nicht richtig ist. Das Produktgruppen-Budget ist ein zeitgemässes Führungsinstrument, das aus eigenem Antrieb kein Geld verschleudert und sicher auch keines spart. Es braucht somit jemanden, der das Geld verantwortungsbewusst ausgibt oder einen Sparauftrag pflichtbewusst erfüllt. Mit dem Produktgruppen-Budget erhalten Gemeinderat und Verwaltung mehr Handlungsspielraum. Dadurch ist es möglich, dass sich das Parlament weniger mit Details auseinander setzen muss, oder anders gesagt, etwas weniger Einfluss nehmen kann. Gemeinderat und Verwaltung erhalten den notwendigen Spielraum, damit sie ihre Arbeit zielgerichtet, transparent und mit der notwendigen Sorgfalt erledigen können. Die Kompetenzen des Stadtrats werden durch das Produktgruppen-Budget nicht beschnitten oder gar vermindert. Dem Parlament stehen auch in Zukunft genügend Instrumente zur Einflussnahme zur Verfügung. Mit den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben kann das Parlament genau abschätzen, ob und wie die Leistungen, die es von der Verwaltung erwartet, erfüllt werden. Es kann die Steuerungs- und Kontrollaufgaben pflichtbewusst und effizient erfüllen, ohne die Aufsichtspflicht zu vernachlässigen. Auch das Produktgruppen-Budget lässt ein Sparen zu, vorausgesetzt der Wille aller Beteiligten ist vorhanden. Sollte tatsächlich einmal gespart werden, können die Folgen des Sparens ohne weiteres festgestellt werden. Das Thema Bonus/Malus – ein zentral wichtiges Element in der Diskussion zum Produktgruppen-Budget – konnte in der Reformkommission nicht behandelt werden, weil es eine komplexe Thematik ist und die Ausarbeitung eines Vorschlags zu Händen der Kommission nicht innert nützlicher Frist erledigt werden konnte. Der Gemeinderat hat jedoch versprochen, dass er sich dieser Thematik weiterhin annehme. Wir warten gespannt auf seine Vorschläge.

Unsere Fraktion hat sich somit der Diskussion in der Reformkommission gestellt und ist heute der Meinung, dass das Produktgruppen-Budget ein taugliches Arbeitsinstrument, bzw. ein Führungsinstrument ist, womit bei seriöser Anwendung die Arbeit sachgemäss erledigt werden kann. Wir werden allen Anträgen der Reformkommission zustimmen. Unsere Fraktion ist jedoch der Meinung, dass Art.54 GO nicht gestrichen werden sollte. Wir werden dies in der Detailberatung begründen. Alle Anträge der Fraktion GB/JA!/GPB lehnen wir ab.

Unsere Fraktion stimmt der Variante BAK 3 zu. In vielen intensiven Diskussionen in der Reformkommission hat sich gezeigt, dass sich diese Variante für die Behandlung der Geschäfte gut eignet. Schwachstellen, die anlässlich der Weiterbildung des Stadtrats im Oktober zum Vorschein kamen, konnten durch explizite Beschreibung der Aufgaben behoben werden. Es ist sinnvoll, FIKO und GPK zu einer Budget- und Aufsichtskommission zusammen zu legen, damit Doppelspurigkeiten vermieden und die Vergangenheits- und Zukunftsarbeit in der glei-

chen Kommission besprochen werden können. Dies wird sich positiv auf die mögliche Gesamtsicht der Geschäfte und Abläufe auswirken. Es macht auch Sinn, 3 Sachkommissionen einzusetzen. Die Zuteilung der Direktionen zu den Kommissionen hat der Gemeinderat mit klaren Kriterien vorgenommen. Wir sind auch der Meinung, dass für alle Kommissionen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung klar geregelt und die Beratungsabläufe gut beschrieben sind. Dies sind gute Voraussetzungen für eine konstruktive Arbeit in den Kommissionen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Budget- und Aufsichtskommission aus 13 Mitgliedern und die Sachkommissionen aus je 11 Mitgliedern bestehen sollen. Dies ermöglicht es, dass die Parteien in den verschiedenen Kommissionen angemessen vertreten sind, und dass die Arbeit auf verschiedene Schultern verteilt werden kann. Zudem sind bei dieser Zusammenstellung etwas mehr als die Hälfte aller Ratsmitglieder in einer Kommission vertreten. So erhält die Kommissionsarbeit das nötige Gewicht, was sich positiv auf die Effizienz der Arbeit im Stadtrat auswirken kann. Wir unterstützen die Anträge der GPK, die vorsehen, dass den Kommissionen für ihre Aufsichtspflicht die notwendigen Kompetenzen zugestanden werden – Einsichts- und Aufsichtsrechte. Diese Anträge sind für uns entscheidend. Sollten sie von der Mehrheit des Stadtrats abgelehnt werden, können wir der Vorlage nicht zustimmen. Kurt Hirsbrunner ist der Meinung, das Parlament sollte nun üben und Erfahrungen sammeln.

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Raymond Anliker* (SP). Vor eineinhalb Jahren hat er die Gründe erläutert, weshalb seine Fraktion keine Vorbehalte gegen die flächendeckende Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung habe. Er hat damals empfohlen, die Umsetzung massvoll und mit dem Wissen um die Verantwortung der Stadt als Arbeitgeberin und Anbieterin des Service public anzugehen. Heute kann uns die Reformkommission ihr Resultat vorlegen – ein gutes Resultat, welches die Unterstützung unserer Fraktion erhalten wird. Raymond Anliker dankt der Reformkommission für die sorgfältige Arbeit, insbesondere ihrer Präsidentin, Liselotte Lüscher, die es verstanden hat, diesen anspruchsvollen Prozess intelligent zu begleiten und uns alle immer wieder an entscheidenden Weichenstellungen mit sorgfältig vorbereiteten Weiterbildungsveranstaltungen in den Prozess miteinzubeziehen. Auch allen, die Liselotte Lüscher unterstützt haben, sei gedankt, Vizepräsident Markus Blatter, dem Ratssekretariat, der Projektleitung NSB und der Stadtkanzlei.

Raymond Anliker erwartet von der Politik und der Verwaltung, dass sie verantwortungsvoll und transparent agieren. Politik betreiben, im Parlament oder in einer Regierung, heisst nicht nur, die eigenen Positionen in den Vordergrund zu stellen, sondern eben auch, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Folgen unseres politischen Handelns, unserer politischen Forderungen müssen demzufolge auch transparent werden. Handeln wir im Sinne einer längerfristigen Planung? Handeln wir im Sinne der vereinbarten Prioritäten? Kennen wir die finanziellen Folgen unserer Handlungen? Diese und weitere Fragen müssen wir uns immer wieder stellen. Damit wir Antworten darauf erhalten, brauchen wir Verwaltungs- und Politstrukturen, die diesen Anforderungen gerecht werden.

Zur Vorlage und zu ihrer Bedeutung in der Ausgestaltung der politischen Steuerung in dieser Stadt: Unsere Fraktion ist überzeugt davon, dass wir mit dem vorgeschlagenen Weg dazu beitragen, dass unsere Politik transparenter und verantwortungsbewusster wird. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier begleiten politische Prozesse von ihrer Entstehung bis zum Endprodukt. Wir beeinflussen, indem wir die Steuerungsvorgaben diskutieren und verabschieden. Wir kontrollieren, indem wir die finanziellen Auswirkungen beobachten und allenfalls eingreifen. Wir übernehmen die Verantwortung für Veränderungen. Auch wenn wir mit der Globalbudgetierung einen bestimmten Teil der Verantwortlichkeiten, nämlich den rein operativen, an die Verwaltung delegieren, sind wir im Vergleich zum heutigen System um einiges stärker in die politische Steuerung und Kontrolle miteinbezogen. Es wird niemand behaupten wollen, dass wir mit den Zahlenbergen der bisherigen Budgetierung und Rechnung

auf eine einigermaßen befriedigende Art und Weise politisch gesteuert haben. Mit den vorgeschlagenen Vorgehensweisen und Zuständigkeiten aber kommen zum Element der anonymen Budgetzahl die Beschreibung des Produkts und die Steuerungsvorgaben. Die für uns zentralen Bedingungen für eine Neugestaltung der politischen Steuerung sind mit dieser Vorlage erfüllt: Die zur Verfügung stehenden Instrumente garantieren die politische Steuerung durch Legislative und Exekutive und verhindern eine allzu grosse Verselbständigung der Verwaltung. Die vorgeschlagene Parlamentsreform sieht eine sinnvolle Umgestaltung des Kommissionswesens vor, welche eine massvolle Umverteilung der Arbeitslast auf mehr Schultern und Köpfe vorsieht. Die Kommissionen verfügen über die nötigen Kompetenzen für ihre Arbeit. Dies gilt insbesondere dann, wenn wir zumindest auf einen Teil der Anträge der GPK eintreten und sie annehmen. Wie genau die Verwaltungskontrolle künftig wahrgenommen wird, ist eine Frage, die wir genau beobachten werden. Insgesamt entspricht die Vorlage den Anträgen des Stadtrats gemäss Beschluss vom Juni 2001 zur flächendeckenden Einführung von NSB.

Zur Thematik „Produktgruppenbudget“: Wir begrüßen die von der Reformkommission vorgeschlagenen Steuerungselemente und die Art und Weise der Handhabung. Wir finden es systemkonform, dass wir auf der Ebene der Dienststelle ein Globalbudget beschliessen und auf Ebene der Produktgruppe Steuerungsmöglichkeiten haben. Damit ermöglichen wir einerseits einer Dienststelle die nötige Flexibilität in der Budgetierung, andererseits haben wir den nötigen politischen Einfluss auf die Steuerung.

Zur Parlamentsreform: Wir stehen vor einer anspruchsvollen Reform unseres Kommissionswesens. Nach eingehender Prüfung unterstützen wir das Model BAK 3 aus den Gründen, welche Reformkommission und Gemeinderat anführen. Wir versprechen uns effizientere Abläufe, wenn wir auf die Doppelspurigkeit zwischen GPK und FIKO verzichten und eine gemeinsame Budget- und Aufsichtskommission schaffen. Die neuen Sachkommissionen erhalten neue Aufgaben im Finanzbereich. Das ist richtig und konsequent. Die so geschaffenen Synergien und Zuständigkeiten tragen zu mehr Verantwortung und Transparenz bei. Aus den Erfahrungen des hier durchgeführten Planspiels hat die Reformkommission abgeleitet, dass im Verfahrensablauf von Budget und Rechnung neu die Anträge der Sachkommissionen direkt an den Rat gerichtet werden. Wir unterstützen diese Änderung.

Diese Umstellung wird uns fordern, auch wenn sie im Moment nur die Arbeit der vorberatenden Kommissionen betrifft. Hier noch mehr Reformen im Sinne weiterer parlamentarischer Instrumente und Kompetenzen aufzuladen, erachten wir als nicht angebracht. Die Reformkommission hat konsequenterweise darauf geachtet, dass dem Ziel einer Parlamentsreform, welche nur das Nötige umfasst, entsprochen wird. Dies tut auch die Fraktion SP/JUSO und lehnt deshalb Anträge ab, welche bereits heute ein umfassende Reform fordern. Das heisst keineswegs, dass wir die vorgeschlagenen Schritte grundsätzlich ablehnen. Nach einer Evaluation müssen wir genau diese Fragen in wenigen Jahren bereits aufnehmen. Heute aber tragen sie lediglich zur vollständigen Überladung des Geschäfts und vor allem zur Verzögerung der Einführung bei. Dies finden wir politisch unklug und dem betroffenen Personal der Stadtverwaltung gegenüber unverantwortlich. Wir werden einer Rückweisung deshalb nicht zustimmen. Die Begründung der Rückweisung ist enttäuschend auf plakative Gemeinplätze reduziert worden. Sie missachtet auch einen politischen Prozess, der über die Parteigrenzen hinweg stattgefunden hat und die Arbeit der Reformkommission.

Unsere Fraktion unterstützt mit wenigen Ausnahmen die Anträge von Gemeinderat, Reformkommission und GPK. Eine Rückweisung bringt uns nicht weiter, im Gegenteil. Die Einführung von NSB hat seit den Pilotämtern einen Prozesscharakter. Heute gehen wir dabei einen massvollen und klugen Schritt weiter.

Stephan Hügli schliesst sich im Namen der FDP-Fraktion dem Dank seines Vorredners an. Es ist von vielen Leuten grosse Arbeit geleistet worden. Er hat von Beginn weg, zuerst als Ersatzmitglied in der Reformkonferenz, dann als FIKO-Vertretung in der Reformkommission und schliesslich wieder als Ersatzmitglied an vielen Sitzungen teilgenommen. Wir wissen, dass es im ganzen Prozess noch viele offene Fragen gibt und dass wir als Ratsmitglieder noch vieles erfahren und erlernen müssen. Es geht nun darum, dass alle Beteiligten Erfahrungen sammeln. Wir sind immer noch der Meinung, es hätte die Reformkonferenz nicht gebraucht, der Gemeinderat hätte besser von Anfang an eine Vorlage unterbreitet. Seit sieben Jahren testen wir das neue System mit den Piloten. Wir gehen davon aus, dass der Weg auch im übernächsten Jahr nicht abgeschlossen sein wird, sondern dass wir wahrscheinlich bis 20 Jahre brauchen, bis wir erreicht haben, was wir uns vorstellen, denn wir alle müssen lernen, mit den neuen Instrumenten umzugehen, die neuen Freiräume zu nutzen und die Verantwortung wahrzunehmen.

Wir haben vor eineinhalb Jahren beschlossen, vorerst das Notwendige zu tun, Erfahrungen zu sammeln und allenfalls nach ein paar Jahren die nötigen Änderungen vorzunehmen. Die vorliegende Vorlage entspricht diesem Beschluss. Die Kommission hat intensiv getagt, NSB-Standard und NSB-Light geprüft, an den Produktgruppenbudgets gearbeitet und ihre Kommentare abgeben können. Der *Jahresbericht* findet statt wie gehabt. Der *Budgetierungsprozess* wird wie in der Pilotphase stattfinden. Stephan Hügli sähe es gerne, wenn der Termin Juni, wie er vom Gemeinderat für die Verabschiedung des Produktgruppen-Budgets vorgesehen ist, vorverlegt würde, denn für die Arbeit des Stadtrats in den ersten Jahren sei es zu spät, wenn das Budget erst vor den Sommerferien vorgelegt werde, da es vom Stadtrat im August verabschiedet werden müsse. Diese kurze Zeit reicht der FIKO schon heute nicht, um ihre Arbeit seriös zu erledigen. Sie musste immer sehr viel Zusatzaufwand betreiben. Stephan Hügli fordert deshalb den Gemeinderat auf, das Budget bereits im April oder spätestens anfangs Mai zu verabschieden, damit die vorberatenden Kommissionen die nötige Zeit erhalten (3 Monate für Gemeinderat, 3 Monate für Stadtrat). Die vorgeschlagene *Globalbudgetierung* finden wir gut. Wir sind der Meinung, dass soweit wie möglich oben angesetzt werden sollte (Nettokredit pro Dienststelle). Faktisch hat eine Globalbudgetierung bereits heute stattgefunden, indem der Gemeinderat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür gesorgt hat, dass versucht wird, den Budgetrahmen einzuhalten und den Spielraum auszunützen. Die *Steuerung auf Produktgruppenebene* finden wir richtig. Allenfalls finden wir die *übergeordneten Ziele* als etwas zu allgemein, zuwenig handlungsweisend. In Bezug auf die *Steuerungsvorgaben* gibt es einerseits einen Regler und gleichzeitig eine Messung (was haben wir Ende Jahr erreicht). Soll das Controlling durch die BAK einmal im Jahr oder laufend stattfinden? Wir sind der Meinung, es bestehe eine Lücke zwischen den übergeordneten Zielen einerseits und den konkreten Steuerungsvorhaben, die an sich nur auf ein Jahr wirken, andererseits. Uns fehlt hier die mittelfristige Perspektive. Die *Kennzahlen* dienen als Messinstrument, es sei denn, der Stadtrat beschliesse einen Regler, damit mit Hilfe der Kennzahlen und einem Regler gesagt werden kann, was erreicht werden soll. Wir möchten beliebt machen, so wenig als möglich in die Kennzahlen aufzunehmen – nur was unmittelbar der Steuerung der einzelnen Produktgruppen dient. Den Rest: alle Wünsche und Anliegen, die in der Reformkommission erwähnt worden sind, in den statistischen Teil aufzunehmen und das Produktgruppenbudget damit nicht zu belasten. Der *Bonus/Malus* ist für uns ein zentrales Element. Er ist nicht einfach zu regeln. Stephan Hügli hätte gerne spätestens heute diskutiert, wie die Regelung aussehen soll. Die Regelung zu den *Nachkrediten* finden wir in Ordnung – mit der Kompensation auf Ebene Dienststelle. Ganz wichtig ist für uns, dass keine Mittel für nicht erbrachte Leistungen verbraucht werden dürfen, d.h. wenn Mittel frei werden, dürfen sie nicht zur Kompensation oder um anderweitige Mehrkosten zu decken, verwendet werden.

Nach langem Überlegen kamen auch wir zum Schluss, dass die Lösung *BAK 3* die richtige Lösung ist. Die heutige GPK oder zukünftige BAK soll an sich von den meisten Sachgeschäften entlastet werden, jedoch den Teil FIKO übernehmen, und allenfalls verbleiben ihr auch die Beitragsgeschäfte. Lange diskutiert wurde auch darüber, wie ein guter Ablauf aussehen sollte. Die normalen Geschäfte sollen vom Gemeinderat vorbereitet, an die Sachkommissionen überwiesen und hernach dem Stadtrat unterbreitet werden. Für Budget und Jahresbericht wird ein paralleles Verfahren vorgesehen: Der Gemeinderat legt das Budget gleichzeitig der BAK und der Sachkommission vor. Wahrscheinlich muss die Sachkommission früher beraten, damit die BAK eine Zusammenfassung vornehmen und beurteilen kann, was möglich ist und Prioritäten setzen kann. Allenfalls muss das Budget wieder zurück an die Sachkommission, damit diese zuhänden Stadtrat Stellung beziehen kann. Selbstverständlich ist, dass im Stadtrat Kommissionen und Einzelpersonen weiterhin Anträge zum Budget stellen können. Da der Prozess wesentlich aufwändiger ist, braucht es wahrscheinlich mehr Zeit. Deshalb muss das Budget den Kommissionen früher vorliegen als heute. Zur *Kommissionsgrösse*: Wir sind der Meinung, je kleiner, je besser, d.h. BAK 11 Mitglieder und Sachkommissionen 9 Mitglieder. Die Rückweisung lehnen wir ab und beantragen, auf die Vorlage einzutreten. Wir wünschen dem Rat, der Projektleitung und dem Projekt selber viel Glück.

German Kalbermatten (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Da heute Abend schon fast alles gesagt worden ist, werde ich mich kurz halten. Wir schliessen uns dem Dank an die Kommission für ihre grosse Arbeit an. Auch wir haben im Juni 2001 die flächendeckende Einführung von NSB abgelehnt. Den heute gestellten Rückweisungsantrag können wir jedoch nicht unterstützen. Wichtig ist für uns der Antrag der GPK, denn er stellt eigentlich nur eine Anpassung an die kantonale Regelung dar. Wir werden auch die meisten Anträge der Reformkommission unterstützen.

Liselotte Lüscher (SP), Präsidentin der Reformkommission, hält fest, dass dieser Rückweisungsantrag von der Kommission mit 12 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen abgelehnt worden sei. In der Kommission enthielt der Antrag noch einen Katalog von Auflagen, die sich offensichtlich im Laufe der Debatte in der Kommission als nicht stichhaltig erwiesen. Es bleibt dabei: Was für den Umgang mit NSB nötig ist, bestimmt der Rat, der Gemeinderat unterbreitet nur einen Vorschlag. Die Kommission fand deshalb auch die noch verbleibende Auflage im Rückweisungsantrag als ungenügend für eine Rückweisung. Das Nötige scheint der Kommission richtig definiert. Liselotte Lüscher bittet den Rat im Namen der Reformkommission deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* schliesst sich dem Dank an Liselotte Lüscher, Markus Blatter und die Kommissionsmitglieder für ihre intensive Arbeit an. Gleichzeitig dankt er auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz. Er hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die grosse Mehrheit des Parlaments das Werk begrüsst und darauf eintreten will. – Der Stadtpräsident hat sich schon einige Male in der Reformkommission zu den Anträgen der Fraktion GB/JA!/GPB geäussert, aber feststellen müssen, dass dies nichts bringt. Indem Anträge wiederholt werden, werden sie nicht besser. Der Gemeinderat lehnt alle Anträge der Fraktion GB/JA!/GPB ab. Gemeinderatsmitglieder werden sich in der Detailberatung nur zu Anträgen der Reformkommission äussern, die vom Gemeinderat bestritten werden und denen ein gewisses Gewicht zukommt, damit die Vorlage heute zügig behandelt werden kann. Der Stadtpräsident bittet den Rat, Eintreten zu beschliessen.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag Fraktion GB/JA!/GPB wird mit 64 : 9 Stimmen abgelehnt.

Eintreten ist beschlossen.

Die *Ratspräsidentin* schlägt folgenden *Beratungsverlauf* vor: Detailberatung GO, Detailberatung Geschäftsreglement des Stadtrats, Schlussabstimmung GO, Schlussabstimmung Geschäftsreglement, Abstimmung zur Botschaft.

Die *Präsidentin* der Reformkommission bittet den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zum *Beratungsverlauf* zu folgen (S.20 Vortrag an den Stadtrat). Der Vorschlag, Detailberatung Geschäftsreglement vor der Schlussabstimmung GO, scheint uns zu risikoreich bezüglich dem Einhalten des Volksabstimmungstermins im ersten Quartal 2003 (9. Februar). Die GO-Teilrevision muss dem Volk unterbreitet werden, das Geschäftsreglement des Stadtrats jedoch nicht, denn für sein Geschäftsreglement ist der Stadtrat abschliessend zuständig. Wenn nötig könnte dieses vom Rat auch im Januar behandelt werden. Zudem ist das von der Ratspräsidentin vorgeschlagene Vorgehen auch unüblich. Um nicht zu riskieren, dass die GO-Änderungen erst im Mai vom Volk verabschiedet werden können und dem Rat kaum mehr Zeit bliebe, seine Kommissionen zu bestellen, bittet Liselotte Lüscher den Rat im Namen der Reformkommission, dem Antrag von Kommission und Gemeinderat zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem *Antrag zum Beratungsverlauf* von Gemeinderat und Reformkommission mit 64 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*